

Schriften zum Strafrecht

Band 358

**Die Kooperation
von Unternehmen mit deutschen
Strafverfolgungsbehörden**

**Internal Investigations, Mitarbeiterinterviews
und nemo-tenetur-Grundsatz**

Von

Annika Hille



Duncker & Humblot · Berlin

ANNIKA HILLE

Die Kooperation von Unternehmen
mit deutschen Strafverfolgungsbehörden

Schriften zum Strafrecht

Band 358

Die Kooperation von Unternehmen mit deutschen Strafverfolgungsbehörden

Internal Investigations, Mitarbeiterinterviews
und nemo-tenetur-Grundsatz

Von

Annika Hille



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
hat diese Arbeit im Jahre 2019 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D61

Alle Rechte vorbehalten
© 2020 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0558-9126
ISBN 978-3-428-18030-1 (Print)
ISBN 978-3-428-58030-9 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meiner Familie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 bei der Juristischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf als Dissertation eingereicht. Literatur und Rechtsprechung wurden bis Januar 2019 berücksichtigt. Die mündliche Prüfung fand im Dezember 2019 statt.

Besonders bedanken möchte ich mich zunächst bei meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Helmut Frister, für seine hervorragende Unterstützung und Betreuung dieser Arbeit, den stets konstruktiven fachlichen Austausch sowie für die schnelle Erstellung des Erstgutachtens. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Herrn Professor Dr. Horst Schlehofer für die Übernahme und ebenfalls schnelle Erstellung des Zweitgutachtens.

Herzlich danken möchte ich auch meinen Studien-, Referendariats- und Promotionskollegen/innen, ohne die die Zeit in der Bibliothek nur halb so schön gewesen wäre. Ihr habt die tägliche Motivationsfindung wesentlich erleichtert.

Mein ganz besonderer Dank gilt daneben Fabian Kreis, Corinna Daldrup und Alina Rütter, die durch den starken motivierenden Zuspruch, die stete Hilfsbereitschaft und den (fachlichen) Austausch in hohem Maße zum Gelingen der Arbeit beigetragen haben. Vielen Dank für die immer offenen Ohren und das hohe Maß an (moralischer) Unterstützung – mir bedeutet dies sehr viel. Alina Rütter danke ich zudem für die äußerst sorgfältige und sehr schnelle Korrektur der Arbeit.

Meinen Eltern, Annette und Christan Hille, sowie meiner Schwester Carina Fließ gebührt mein größter Dank. Ich danke ihnen von Herzen, dass sie mir diese Ausbildung ermöglicht und mich auf meinem bisherigen Lebensweg vorbehaltlos unterstützt, gefördert und gefordert haben. Durch ihren steten Rückhalt, ihren Zuspruch und ihre Liebe haben sie wesentlich zum Gelingen der Arbeit beigetragen.

Düsseldorf, im April 2020

Annika Hille

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung und Gang der Untersuchung	21
B. Grundlagen der Internal Investigations und der Strafbarkeit von Unternehmen	29
I. US-amerikanische Herkunft der Internal Investigations	29
II. Internal Investigations als Ausprägung der Compliance	34
1. Begriff der Compliance und der Internal Investigation	34
2. Gesetzliche Grundlagen in Deutschland	38
3. Vor- und Nachteile von Compliance-Systemen und Internal Investigations	42
III. Sanktionsmöglichkeiten gegen Unternehmen nach deutschem Recht	46
1. Bisherige Rechtslage	47
2. Reformbestrebungen	50
a) Verbandsstrafgesetzbuch-Entwurf NRW (2013)	53
b) Kölner Entwurf eines Verbandsstrafgesetzbuchs (2017)	56
IV. Erstes Zwischenfazit	58
C. Mitarbeiterbefragungen im Rahmen von Internal Investigations	60
I. Pflicht zur Teilnahme und Aussage durch den Mitarbeiter?	60
1. Weisungsrecht des Arbeitgebers, § 106 GewO	61
2. Unmittelbarer Arbeitsbereich: Auskunftsanspruch gemäß § 666 BGB (i. V. m. § 675 Abs. 1 BGB)	63
3. Mittelbarer Arbeitsbereich: Auskunftsanspruch gemäß §§ 242, 611a, 241 Abs. 2 BGB	66
4. Zwischenergebnis	69
II. Ablauf von Mitarbeiterinterviews in der Praxis	70
III. Grenzen der Auskunftsspflicht	74
1. Keine Geltung strafprozessualer Normen	74
2. Nemo-tenetur-se-ipsam-accusare-Grundsatz	78
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	78
b) Inhalt des nemo-tenetur-Grundsatzes	85
c) Geltung des nemo-tenetur-Grundsatzes bei der Mitarbeiterbefragung ...	91
aa) Geltung der einfachgesetzlichen Ausprägungen des nemo-tenetur-Grundsatzes	91
bb) Mittelbare Drittwirkung des nemo-tenetur-Grundsatzes	92
3. Fair-trial-Grundsatz	95
4. Zwischenergebnis	95

IV. Auswirkungen auf die Auskunftsansprüche: Reichweite und Grenzen	96
1. Kein generelles Auskunftsverweigerungsrecht	97
2. Unmittelbarer Arbeitsbereich: Auskunftsanspruch gemäß § 666 BGB (i.V.m. § 675 Abs. 1 BGB)	100
a) Interessenabwägung	101
b) Problematik der Beweislastumgehung des § 1 Abs. 2 S. 4 KSchG bzw. allgemeiner Beweislastregeln	106
3. Mittelbarer Arbeitsbereich: Auskunftsanspruch gemäß §§ 242, 611a, 241 Abs. 2 BGB	109
a) Generelle Zumutbarkeitserwägungen	109
b) Interessenabwägung	110
c) Problematik der Beweislastumgehung des § 1 Abs. 2 S. 4 KSchG bzw. allgemeiner Beweislastregeln	115
d) Anzeigepflicht hinsichtlich Taten von Arbeitskollegen?	115
4. Zwischenergebnis	116
V. Sonstige Rechte und Pflichten im Rahmen des Mitarbeiterinterviews	117
1. Begleitung durch einen Rechtsanwalt	120
2. Protokollierung des Interviews und Einsichtnahme	121
3. Belehrungen des Mitarbeiters	123
4. Zwischenergebnis	124
VI. Sanktions- und Durchsetzungsmöglichkeiten	124
1. Arbeitsrechtliche Sanktionsmöglichkeiten	125
2. Zwangsweise Durchsetzung	129
3. Materiell-rechtliche Zulässigkeit der Androhung von Sanktionen oder der zwangsweisen Durchsetzung nach § 240 StGB	133
VII. Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse	135
D. Herausgabe der Unterlagen durch das Unternehmen im Rahmen der Kooperation	137
I. Kooperation in der Praxis	139
II. Anforderungen an eine strafmildernde Kooperation	142
1. Kooperation de lege lata	143
2. Kooperation de lege ferenda	147
3. Bezugspunkt der im Rahmen der Kooperation geleisteten Aufklärungshilfe	148
4. Umfang der Kooperation	149
III. Zulässigkeit der Herausgabe von Unterlagen durch das Unternehmen unter Berücksichtigung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	151
1. Erforderlichkeit der Herausgabe von Unterlagen	153
a) Offenbarungsverbot	153
b) Anonymisierung von Unterlagen	157
2. Angemessenheit der Herausgabe von Unterlagen	158

3. Risiko der Beschlagnahme von Unterlagen durch Ermittlungsbehörden 159
 a) Beschlagnahme von Unterlagen im Gewahrsam eines Rechtsanwalts . . . 161
 b) Beschlagnahme von Unterlagen im Gewahrsam des Unternehmens 165
 IV. Zwischenergebnis 166

E. Beweisverwertungsverbot zugunsten selbstbelastender Aussagen des Mitarbeiters? 167

I. Einführung der Beweise in die Hauptverhandlung 171
 1. Verlesung des Interviewprotokolls als Ersetzung oder Ergänzung der Aussage des Angeklagten 171
 2. Aussage der internen Ermittler und Ergänzungs- oder Ersetzungsmöglichkeit dieser durch Verlesung der Interviewprotokolle/Untersuchungsberichte 172
 3. Beweisgewinnung über Mitarbeiter als Zeugen 176
 II. Unselbstständiges Beweisverwertungsverbot aufgrund einer dem Staat zurechenbaren Internal Investigation 176
 1. Ausgangspunkt der Zurechnung: formales privates Handeln 178
 2. Die Zurechnung in der strafprozessualen Rechtsprechung 179
 a) Die Zurechnung (konkulent) bejahende Rechtsprechung 180
 b) Die Zurechnung ablehnende Rechtsprechung 184
 c) Sich aus der Rechtsprechung ergebende Kriterien 185
 d) Einordnung der Interviewsituation im Rahmen der Internal Investigation 189
 3. Die Zurechnung in der Literatur 190
 a) Übertragung von Zurechnungskonstruktionen 191
 aa) Verwaltungshelfer 192
 bb) Kausalität und objektive Zurechnung 193
 cc) Täterschaft und Teilnahme 195
 dd) Zwischenergebnis und Kategorisierung der Kriterien 201
 b) Einordnung der Konstellationen der Internal Investigations 204
 aa) Aktive Beeinflussung der Internal Investigation 204
 bb) Koordinierung und Absprache der Internal Investigations 207
 cc) Zurechnung aufgrund des Unterlassens eigener Ermittlungen 208
 dd) Zurechnung durch tatsächliche oder gesetzliche Anreizschaffung . . . 214
 c) Zwischenergebnis 219
 4. Folgen der Zurechnung 220
 a) Maßstab für zuzurechnendes Handeln 222
 b) Voraussetzungen der §§ 136, 136a StPO 224
 aa) Vernehmungsbegriff 224
 bb) (Analoge) Anwendung und verbotene Vernehmungsmethoden nach § 136a StPO 229
 cc) Beschuldigtenstellung 231

c) Verstoß gegen den nemo-tenetur-Grundsatz	232
aa) Rechtsprechung und Literatur	232
bb) Stellungnahme	234
d) Zwischenergebnis	235
5. Ergebnis zu den unselbstständigen Beweisverwertungsverböten (Zurechnung)	235
III. Selbstständiges Beweisverwertungsverbot aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m Art. 1 Abs. 1 GG	236
1. Dreistufen- bzw. Sphärentheorie	237
2. Übertragung der Grundsätze des Gemeinschuldner-Beschlusses?	239
a) Rechtsprechung zur Übertragbarkeit der Kriterien für ein selbstständiges Beweisverwertungsverbot	241
aa) Rechtsprechung zu arbeitsrechtlichen Auskunftsansprüchen	242
(1) Erfordernis einer umfassenden Auskunftspflicht	242
(2) Übertragung auf umfassende arbeitsrechtliche Auskunftspflichten	244
bb) Rechtsprechung zu Auskunftsobliegenheiten	244
(1) Grundsätzlich keine Übertragbarkeit auf bloße Auskunftsobliegenheiten	245
(2) Ausnahmsweise ausreichender existenzvernichtender Nachteil?	247
cc) (Steuerrechtliche) Rechtsprechung zum Erfordernis eines rechtlichen Zwangs	248
dd) Rechtsprechung zur Übertragbarkeit auf bußgeld- und strafbewehrte umfassende Auskunftspflichten	250
ee) Übertragbarkeit auf Offenbarungspflichten nach § 807 ZPO und auf zwangsweise durchsetzbare Auskunftspflichten	251
b) Herausarbeitung der Kriterien und Übertragbarkeit auf Mitarbeiterinterviews	253
aa) Übertragbarkeit bzw. Verallgemeinerungsfähigkeit der Kriterien des Gemeinschuldner-Beschlusses	254
bb) Erfordernis einer umfassenden Auskunftspflicht	257
(1) Problematik der privaten vertraglichen Pflicht	258
(2) Stellungnahme	260
cc) Auskunft durch private Interessen Dritter gerechtfertigt	263
dd) Erfordernis einer erzwingbaren Auskunftspflicht	263
(1) Ausreichen der Möglichkeit einer zwangsweisen Durchsetzung und Einschränkungskriterien	264
(a) Positionen in Rechtsprechung und Literatur	264
(b) Einschränkungsforderungen der Literatur bei ausreichender Erzwingbarkeit	267
(c) Stellungnahme	269
(2) Staatlich vermittelter Zwang	271
(3) Rechtlicher oder faktischer Zwang?	273

ee) Ausreichen einer nur subjektiv bestehenden umfassenden und erzwingbaren Auskunftspflicht?	276
(1) Irrtum über das Bestehen oder die Reichweite der Auskunftspflicht	276
(2) Täuschung über die Auskunftspflicht	277
ff) Zwischenergebnis	278
c) Kompensation des Eingriffs in Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG durch ein Beweisverwertungsverbot	278
aa) Keine Beeinträchtigung der Strafverfolgungsinteressen	279
bb) Mittelbare staatliche Veranlassung des Beweistransfers und der Umgehung von Mitarbeiterrechten	280
d) Dogmatische Grundlage des Beweisverwertungsverbots	284
e) Zwischenergebnis	285
3. Reichweite und Ausgestaltung des Beweisverwertungsverbots	286
a) Freie Verwertbarkeit freiwilliger Auskünfte	287
b) Dispositionsmöglichkeit des Mitarbeiters über Verwertbarkeit	288
c) Fernwirkung	290
aa) Annahme einer Fernwirkung	292
bb) Ablehnung einer Fernwirkung	292
cc) Stellungnahme unter Berücksichtigung hypothetischer Erwägungen	293
d) Fortwirkung	295
e) Vorauswirkung	296
f) Zwischenergebnis	298
4. Beweisverwertungsverbot auch im Kündigungsschutzprozess	298
a) Rekapitulation der Problemstellung	298
b) Beweisverwertungsverbote im Zivil-/Arbeitsrecht	299
c) Problematik eines Beweisverwertungsverbots für rechtmäßig gewonnene Informationen	302
d) Stellungnahme	303
5. Ergebnis zum selbstständigen Beweisverwertungsverbot	305
IV. Weitere Lösungsmöglichkeiten	306
1. Beweisverwertungsverbot aus § 136a StPO (analog)	306
a) Analoge Anwendung bei menschenrechtswidrigem Vorgehen oder bei Zurechnung	306
b) Keine (horizontale) Drittwirkung des § 136a StPO in sonstigen Fällen	307
2. Beweisverwertungsverbot aus einer Verletzung des fair-trial-Grundsatzes	309
a) Rechtliche Verankerung und inhaltliche Ausgestaltung	310
b) Folgen eines Verstoßes	313
c) Anwendung des fair-trial-Grundsatzes auf die Mitarbeiterbefragung	315
aa) Annahme eines Verstoßes gegen den fair-trial-Grundsatz beim Mitarbeiterinterview	315

bb) Ablehnung dieses Lösungswegs	318
cc) Eigene Bedenken gegen diesen Lösungsweg	319
dd) Stellungnahme	321
d) Ergebnis zum fair-trial-Grundsatz	324
V. Beweisverwertungsverbote bei rechtswidriger privater Beweiserhebung	324
VI. Zusammenfassung der Erkenntnisse zu den Beweisverwertungsverboten	326
F. Reformbedarf und Erörterung des Beweisverwertungsverbots im VerbSG-E ...	329
I. Allgemeine Ausführungen zum Beweisverwertungsverbot in § 18 Abs. 3 VerbSG-E	331
II. Anknüpfungspunkt des Beweisverwertungsverbots	332
1. Anknüpfungspunkte vergleichbarer Beweisverwertungsverbote	333
2. Vorschlag zur Ergänzung einer Auskunftspflicht in § 18 VerbSG-E	334
G. Ergebnis	336
I. Abschließendes Fazit	336
II. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	338
Literaturverzeichnis	342
Stichwortverzeichnis	370

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
a.F.	alte Fassung
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift), Aktiengesellschaft
AHStatG	Außenhandelsstatistikgesetz
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb
AK-StPO	Alternativkommentar zur StPO
AktG	Aktiengesetz
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbRB	Der Arbeits-Rechtsberater
Art.	Artikel
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AT	Allgemeiner Teil
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht – Personal-Profi
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayObLG	Bayrisches Oberlandesgericht
BB	Betriebs-Berater
BBl.	Bundesblatt Schweiz
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband Deutscher Industrie
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Bearb.	Bearbeiter/in
BeckRS	Beck-online Rechtsprechung
Beschl.	Beschluss
BetrAVG	Betriebsrentengesetz (Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung)
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen

BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BRAB	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BStatG	Bundesstatistikgesetz
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CB	Compliance-Berater
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb
DCGK	Deutschen Corporate Governance Kodex
DFB	Deutscher Fußball-Bund
DICO	Deutsches Institut für Compliance
DJT	Deutscher Juristentag
DOJ	US-amerikanisches Justizministerium, United States Department of Justice
DStR	Deutsches Steuerrecht
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einf. v.	Einführung vor
Einl.	Einleitung
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ErfK ArbR	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
f./ff.	folgende (Seite)/ folgende (Seiten)
FCPA	Foreign Corrupt Practices Act
FD-StrafR	fachdienst strafrecht
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GJW	Graf/Jäger/Wittig (Wirtschafts- und Steuerstrafrecht)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
grds.	grundsätzlich

GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GwG	Geldwäschegesetz
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HGB	Handelsgesetzbuch
HK-BGB	Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Hrsg.: Schulze)
h.M.	herrschende Meinung
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchstgerichtliche Rechtsprechung im Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
i. d. R.	in der Regel
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
i.Ü.	im Übrigen
i. V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
jurisPR-Compl	juris PraxisReport Compliance
jurisPR-StrafR	juris PraxisReport Strafrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht (Berlin)
KK-OWiG	Karlsruher Kommentar zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
KK-StPO	Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung
KMR-StPO	Kleinknecht/Müller/Reitberger, Kommentar zur Strafprozessordnung
KrW-/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht
KWG	Kreditwesengesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LR-StPO	Löwe-Rosenberg, Die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz
Ls.	Leitsatz
MAH	Münchener Anwaltshandbuch
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
Mio.	Millionen
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren/m Nachweis/en
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
NK	Nomos Kommentar
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungs-Report

NWB	NWB Steuer- und Wirtschaftsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZWSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PatG	Patentgesetz
PWW BGB	Prütting/Wegen/Weinreich, Bürgerliches Gesetzbuch (Kommentar)
RdA	Recht der Arbeit
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
s.	siehe
S.	Satz, Seite
SEA	Securities Exchange Act
SEC	US-amerikanische Börsenaufsicht, United States Securities and Exchange Commission
Sec.	Section, englisch für Paragraph
SeeLG	Seelotsgesetz
SGB X	Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz
SK-StPO	Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung
SOA	Sarbanes Oxley Act
sog.	sogenannt/e/es
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum
StV	Strafverteidiger
u. a.	und andere
U-Haft	Untersuchungshaft
UK	United Kingdom
UrhG	Urheberrechtsgesetz
Urt.	Urteil
US	United States
USA	United States of America
USJM	U.S. Justice Manual
USSG	United States Sentencing Commission, Guidelines Manual
v.	von/vom, versus
VbVG	Verbandsverantwortlichkeitsgesetz (Österreich)
VerbSG-E	Kölner Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes
Verf.	Verfasser/in, Verfügung
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)

VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
V-Leute	Vertrauensleute
V-Mann	Vertrauensmann
Vorb.	Vorbemerkung
V-Person, VP	Vertrauensperson
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VW	Volkswagen AG
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WiJ	Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e.V.
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WM	Wertpapier-Mitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WRegG	Wettbewerbsregistergesetz
WZG	Warenzeichengesetz
z. B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRFC	Zeitschrift für Risk, Fraud & Compliance
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen

A. Einleitung und Gang der Untersuchung

Anlass dieser Arbeit sind die in der Praxis der Rechtsberatung immer häufiger werdenden und an Bedeutung gewinnenden unternehmensinternen Untersuchungen (sog. Internal Investigations¹). Diese sind in Deutschland insbesondere seit den Vorgängen in der Siemens AG² populär geworden und Teil einer veränderten Unternehmenskultur im Zusammenhang mit dem Umgang von Compliance-relevanten Sachverhalten³. Eine wesentliche Rolle spielten Internal Investigations unter anderem auch bei der Aufklärung des DFB-Skandals⁴ und im Volkswagen Konzern⁵. Das Unternehmen⁶ beauftragt dabei i. d. R. externe und damit möglichst unternehmensunabhängige private Ermittler (i. d. R. Anwälte oder Wirtschaftsprüfer) mit der anlassbezogenen Aufklärung des Sachverhalts und damit möglicherweise von Gesetzes- und Regelverstößen innerhalb des Unternehmens.⁷ Nicht selten werden dabei

¹ Trotz der Fokussierung dieser Arbeit auf unternehmensinterne Ermittlungen innerhalb deutscher Unternehmen und in Zusammenarbeit mit den deutschen Strafverfolgungsbehörden wird überwiegend nicht der deutsche Begriff, sondern – aufgrund dessen weiter Verbreitung – der englische Begriff „Internal Investigations“ gewählt (vgl. zum Begriff u. a. *Knierim*, in: StV 2009, 324, 328; *Gerst*, in: CCZ 2012, 1; *Haefcke*, in: CCZ 2014, 39; *Greco/Caracas*, in: NSTZ 2015, 7; *Ballo*, in: NZWiSt 2013, 46). Die deutschen Begriffe der (unternehmens-)internen Untersuchung bzw. Ermittlung werden synonym dazu verwendet. Der Begriff der „Ermittlung“ soll auch nicht darüber täuschen, dass es sich um private Maßnahmen handelt und nicht um Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden, die eigentlich als „Ermittlung“ bezeichnet werden.

² Vgl. zur juristischen Aufarbeitung der sog. Siemens-Korruptionsaffäre z. B. BGHSt 52, 323; *Satzger*, in: NSTZ 2009, 297; *Jahn*, in: StV 2009, 41.

³ *Ballo*, in: NZWiSt 2013, 46; ähnlich auch *Theile*, in: StV 2011, 381; *Krug/Skoupil*, in: NJW 2017, 2374.

⁴ Den Skandal um die Fußballweltmeisterschaft 2006 (Sommermärchen-Skandal) klärte die Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer LLP intern auf, vgl. n-tv-Artikel „Aufklärung der WM-Affäre 2006 – Raubball: Freshfields liefert viele Antworten“ vom 04.03.2016, abrufbar unter: <http://www.n-tv.de/sport/fussball/Raubball-Freshfields-liefert-viele-Antworten-article17143591.html> (zuletzt abgerufen am 14.01.2019).

⁵ Die Internal Investigation im Volkswagen Konzern um die Abgasaffäre führte unter anderem die US-Anwaltskanzlei Jones Day durch, vgl. Welt-Artikel „Wie VW die Dieselgate-Drahtzieher finden will“ vom 08.04.2016, abrufbar unter: <https://www.welt.de/wirtschaft/article154157728/Wie-VW-die-Dieselgate-Drahtzieher-finden-will.html> (zuletzt abgerufen am 14.01.2019).

⁶ Unternehmen als juristische Gebilde oder – wie es das BVerfG formuliert – als „Zweckgebilde der Rechtsordnung“ können ihren Willen nur durch Organe bilden (BVerfGE 95, 220, 242) und nur durch diese bzw. ihre Vertreter handeln. Soweit in dieser Arbeit insoweit ungenau von Unternehmen gesprochen wird, dient dies nur dem besseren Lesefluss.

⁷ *Mengel/Ullrich*, in: NZA 2006, 240 f.; *Behrens*, in: RIW 2009, 22; *Gerst*, in: CCZ 2012, 1; *Raum*, in: StraFo 2012, 395, 396; *Ballo*, in: NZWiSt 2013, 46; *Zerbes*, in: ZStW 125 (2013),

tatsächlich Vorgänge mit strafrechtlicher Relevanz aufgedeckt, so beispielsweise bei der Siemens AG und der MAN Nutzfahrzeuge AG.⁸

Internal Investigations werden zur Handlungsoption für Unternehmen, wenn Gesetzesverstöße innerhalb des Unternehmens bekannt werden, die einer Aufklärung bedürfen. Die Durchführung drängt sich dabei insbesondere auf, wenn unternehmensinterne Zuwiderhandlungen öffentlich bekannt werden und die Ermittlungsbehörden bereits tätig geworden sind.⁹ Dann hat das Unternehmen ein großes Interesse an einer möglichst schnellen und umfassenden Aufklärung, um Reputationsschäden und damit wirtschaftliche Schäden zu vermeiden,¹⁰ die ohne eine Reaktion des Unternehmens existenzbedrohend sein könnten. So zahlte die Volkswagen AG im Jahr 2018 auf einen Bußgeldbescheid der Staatsanwaltschaft Braunschweig ein Rekord-Bußgeld in Höhe von EUR 1 Milliarde.¹¹ Im Hinblick auf ein drohendes Bußgeldverfahren gegen das Unternehmen ist die Aufklärung zudem durch das Interesse motiviert, mit Strafverfolgungsbehörden zu kooperieren, um gegebenenfalls im nachfolgenden Verfahren milder sanktioniert zu werden.¹² Denn

551, 552; *Sarhan*, in: *wistra* 2015, 449; *Rödiger*, Strafverfolgung von Unternehmen, S. 23; *Kraus*, Selbstbelastungsfreiheit, S. 62. Zum neuartigen Berufsbild des strafrechtlichen Unternehmensanwalts vgl. *Theile*, in: *ZIS* 2013, 378, 379.

⁸ Vgl. zur Siemens AG den Zeit-Artikel vom 15.03.2008, „Prozess der Selbstreinigung“, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2008/12/Selbstreinigung-Siemens> (zuletzt abgerufen am 14.01.2019) und zur MAN Nutzfahrzeuge AG den n-tv-Artikel vom 19.10.2009, „Nach internen Ermittlungen – MAN beurlaubt Vorstand“, abrufbar unter: <http://www.n-tv.de/wirtschaft/MAN-beurlaubt-Vorstand-article553715.html> (zuletzt abgerufen am 14.01.2019).

⁹ Bei der Siemens AG durchsuchte die Staatsanwaltschaft München im November 2006 die Geschäftsräume wegen des Verdachts von Bestechungszahlungen. Um mit den Ermittlungsbehörden aus Deutschland und der USA zusammenzuarbeiten, leitete die Siemens AG daraufhin eine unternehmensinterne Ermittlung ein, die durch die New Yorker Sozietät Debevoise & Plimpton geleitet wurde (vgl. Siemens-Presseerklärung vom 15.12.2008, abrufbar unter: <http://www.siemens.com/press/pool/de/events/2008-12-PK/summary-d.pdf> (zuletzt abgerufen am 14.01.2019)).

¹⁰ *Rotsch*, in: *ZStW* 125 (2013), 481, 487; *Helck*, in: *CB* 2014, 83; *Sarhan*, in: *wistra* 2015, 449; *Kremer*, in: *FS Uwe H. Schneider*, 701, 703; *Zimmermann*, in: *Hohnel*, Kapitalmarktstrafrecht, 12. Teil Rn. 32.

¹¹ Spiegel-Artikel „VW muss eine Milliarde Euro Bußgeld zahlen“ vom 13.06.2018, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/vw-diesellaftaere-volkswagen-muss-eine-milliarde-bussgeld-zahlen-a-1212807.html> (zuletzt abgerufen am 14.01.2019).

¹² *Behrens*, in: *RIW* 2009, 22, 31; *Wybitul*, in: *BB* 2009, 606, 610; *Dann/Schmidt*, in: *NJW* 2009, 1851; *Ignor*, in: *CCZ* 2011, 143; *Momsen/Grützner*, in: *DB* 2011, 1792, 1793; *Knauer*, in: *ZWH* 2012, 41, 44 f.; *I. Roxin*, in: *StV* 2012, 116, 117 f.; *Wehnert*, in: *StraFo* 2012, 253, 254; *Helck*, in: *CB* 2014, 83, 88; *Wettner/Mann*, in: *DStR* 2014, 655; *Anders*, in: *wistra* 2014, 329; *Mansdörfer*, in: *jM* 2014, 167, 168; *Süße/Eckstein*, in: *Newsdienst Compliance* 2014, 71009; *Sarhan*, in: *wistra* 2015, 449; *Aldenhoff/Schultheis*, in: *ZRFC* 2015, 214; *Fuhrmann*, in: *NZG* 2016, 881, 886; *Nolte/Noll*, in: *KSzW* 2016, 261, 262; *Bachmann*, in: *ZHR* 2016, 563, 569; *Reinhardt/Kaindl*, in: *CB* 2017, 210; *Sarhan*, in: *wistra* 2017, 336; *Herrmann/Zeidler*, in: *NZA* 2017, 1499, 1500; *Sidhu/von Saucken*, in: *NZWiSt* 2018, 126, 129; *Wehnert*, in: *Ökonomie versus Recht im Finanzmarkt*, 137, 138; *Taschke/Zapf*, in: *Unternehmenskultur und Wirtschaftsstrafrecht*, 181, 189; *Kremer*, in: *FS Uwe H. Schneider*, 701, 703; *Zimmermann*, in:

Aufklärungshilfe kann als positives Nachtatverhalten im Rahmen der Sanktionszumessung berücksichtigt werden.¹³ Sie ist aufgrund knapper eigener finanzieller und personeller Ressourcen regelmäßig auch im Interesse der Ermittlungsbehörden.¹⁴ Einige Stimmen in der Literatur befürchten insofern hinsichtlich der gezielten Übernahme privat¹⁵ gewonnener Erkenntnisse eine Stärkung der „*Privatisierung des Strafverfahrens*“.¹⁶ Zwar ist das Unternehmen nicht verpflichtet, mit den Behörden hinsichtlich der Sachverhaltsaufklärung zu kooperieren,¹⁷ jedoch kann eine solche Zusammenarbeit erhebliche Vorteile bringen, sodass ein großer praktischer Anreiz für das Unternehmen zur Kooperation besteht¹⁸. Ist das Unternehmen wirtschaftlich

Hohnel, Kapitalmarktstrafrecht, 12. Teil Rn. 32; *Bay/Engelhardt*, in: Bay, Handbuch Internal Investigations, Einl. Rn. 7; *Wewerka*, Internal Investigations, S. 2; *Buchert*, Unternehmensinterne Befragung, S. 190. Im Fall Siemens wurde im Bußgeldbescheid der Staatsanwaltschaft München I ausdrücklich die Kooperation der Siemens AG mit den Ermittlungsbehörden berücksichtigt (Staatsanwaltschaft München I, Bußgeldbescheid, S. 12, abgerufen am 07.07.2016 unter <http://www.siemens.com/press/pool/de/events/2008-12-PK/MucStaats.pdf>).

¹³ *Behrens*, in: RIW 2009, 22, 31; *Anders*, in: wistra 2014, 329; *Süße/Eckstein*, in: Newsdienst Compliance 2014, 71009; *Wimmer*, in: NK 2016, 356, 364; *Sarhan*, in: wistra 2017, 336; *Knierim/Schröder*, in: Knierim/Rübenstahl/Tsambikakis, Internal Investigations, Kap. 16 Rn. 264; *Wewerka*, Internal Investigations, S. 30 f.

¹⁴ *Wehnert*, in: StraFo 2012, 253, 254; *Litzka*, in: WiJ 2012, 79, 81; *Wettner/Mann*, in: DSr 2014, 655, 656; *Fischer/Hoven*, in: ZIS 2015, 32, 37; *Sarhan*, in: wistra 2017, 336, 341; *Taschke/Zapf*, in: Unternehmenskultur und Wirtschaftsstrafrecht, 181, 193; *Wehnert*, in: Ökonomie versus Recht im Finanzmarkt, 137, 138; *Poepping*, in: Das Unternehmensstrafrecht und seine Alternativen, 333, 340; vgl. auch BGHSt 50, 299, 308.

¹⁵ Zur Einordnung der internen Ermittlungen als private Maßnahme, vgl. *Jahn*, in: StV 2009, 41, 42 f.; *Bittmann/Molkenbur*, in: wistra 2009, 373, 374; *Dann/Schmidt*, in: NJW 2009, 1851, 1852; *Wastl/Litzka/Pusch*, in: NSStZ 2009, 68, 70 ff.; *Knauer/Buhlmann*, in: AnwBl 2010, 387, 389 f.; *Fritz/Nolden*, in: CCZ 2010, 170, 175; *Momsen*, in: ZIS 2011, 508, 510; *Theile*, in: StV 2011, 381, 383; *Raum*, in: StraFo 2012, 395, 397; *Anders*, in: wistra 2014, 329, 330; *Mansdörfer*, in: jM 2014, 167, 168; *Kasiske*, in: NZWiSt 2014, 262; *Süße/Eckstein*, in: Newsdienst Compliance 2014, 71009; *Leitner*, in: FS Schiller, 430, 437; *Zimmermann*, in: Hohnel, Kapitalmarktstrafrecht, 12. Teil Rn. 33; *Sarhan*, in: wistra 2015, 449, 450 f.; *Kottek*, in: wistra 2017, 9; *Rödiger*, Strafverfolgung von Unternehmen, S. 235 f.; *Münkel*, Mitarbeiteroffenbarungen im Strafprozess, S. 106 ff.; *Kruse*, Compliance und Rechtsstaat, S. 88 ff., 93; *Wewerka*, Internal Investigations, S. 5.

¹⁶ *Wastl*, in: ZRP 2011, 57 f.; *Taschke*, in: NZWiSt 2012, 89, 92; *Mansdörfer*, in: jM 2014, 167, 168; *Pfordte*, in: Strafverteidigung im Rechtsstaat, 740, 741; *Wehnert*, in: Ökonomie versus Recht im Finanzmarkt, 137, 138 ff.; vgl. auch *Rotsch*, in: ZStW 125 (2013), 481, 488; *Anders*, in: wistra 2014, 329, der von „*De-Etatisierung des (Straf-)Rechts*“ spricht; *Kottek*, in: wistra 2017, 9; *Sarhan*, in: wistra 2017, 336, 343; *Leipold*, in: FS Schiller, 418, 425.

¹⁷ *Nolte/Noll*, in: KSzW 2016, 261.

¹⁸ Vgl. zu der positiven Berücksichtigung der Kooperation: OLG Düsseldorf, Urt. v. 30.03.2009 – VI-2 Kart 10/08 OWi – juris, Rn. 50; OLG Düsseldorf, Urt. v. 13.05.2014 – VI-4 Kart 8/10 OWi – juris, Rn. 310; LG München I, Beschl. v. 10.12.2009 – 6 KIs 570 Js 50263/09, openJur 2016, 154 (Bußgeldbescheid gegen die MAN Nutzfahrzeuge AG); *Behrens*, in: RIW 2009, 22, 31; *Anders*, in: wistra 2014, 329; *Süße/Eckstein*, in: Newsdienst Compliance 2014, 71009; *Hugger*, in: ZHR 2015, 214, 222; *Wimmer*, in: NK 2016, 356, 364; *Wewerka*, Internal Investigations, S. 30 f.; *Knierim/Schröder*, in: Knierim/Rübenstahl/Tsambikakis, Internal In-